

Aktuelles

Spahns Rücktritt und die Kontroverse um die Leihmutterschaft



Jens Spahn

Quelle: Wikimedia, Michael Lucan, CC BY-SA 3.0 de,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=110551371> /
Hintergrundbearbeitung mit Photoshop

Der deutsche Politiker Jens Spahn ist am Samstag von seinem Amt als Fraktionsvorsitzender zurückgetreten. Ihm wird Doppelmoral vorgeworfen, andere verteidigen seine private Entscheidung zur Leihmutterschaft. Doch es geht um viel mehr.

Die Rücktrittsankündigung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Jens Spahn am Samstag bewegte am gestrigen Sonntag und auch heute noch viele Gemüter.

Kurz zuvor war bekannt geworden, dass Spahn mit seinem Ehemann Daniel Funke mithilfe einer Leihmutter in den USA einen Sohn bekommen hat. Funke sei der leibliche Vater des Kindes, angeblich hätten die beiden 100'000 Euro für das Kind gezahlt. Das Problem dabei: Noch im Februar hatte die CDU erneut einen Parteitage beschlossen, der die Leihmutterschaft strikt ablehnt.

Reaktionen aus der Politik

Die Reaktionen in der Sonntagspresse sind breit gefächert. Auf der einen Seite stehen die Kritiker, insbesondere aus den Reihen der CDU/CSU, die den Verlust ihrer Glaubwürdigkeit befürchten und den Rücktritt begrüßen. Aber auch diverse Kommentatoren, die den Preis der Doppelmoral diskutieren.

Die NZZ und der Sonntagsblick befragten dagegen schwule Politiker nach ihrer Meinung zum Thema – und interessanterweise gingen auch hier die Meinungen auseinander. Der Mitte-Politiker Dominik Mazur etwa [brachte in der NZZ](#) viel Verständnis auf – immerhin hat er selbst 2017 mit Hilfe einer Leihmutter aus den USA eine Tochter bekommen. So verteidigt er die Leihmutterschaft in den USA, wo es seiner Meinung nach «strenge Regeln» gäbe, und erklärt, dass «neben der Bezahlung auch eine ganze Reihe von weiteren wichtigen Fragen wie zum Beispiel der Gesundheit der Mutter geregelt ist». Auf die ethischen Bedenken, dass Kinder käuflich werden, geht er nicht weiter ein.

GLP-Nationalrat Patrick Hässig findet dagegen im Sonntagsblick klare Worte: «Jens Spahn spielte ein politisch unredliches Spiel. Anderen etwas zu verbieten, was man selber aber macht, geht nicht.» Während FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann aufgrund der aktuellen Situation eine erneute Debatte zur Leihmutterschaft fordert («Es ist Unsinn, dass Menschen, die ihren Kinderwunsch auf diesem Wege erfüllen wollen, ins Ausland ausweichen müssen.»), will FDP-Fraktionschef Damien Cottier am Verbot der Leihmutterschaft festhalten, gleichzeitig aber die Rechte der sogenannten Regenbogenfamilien stärken, etwa durch eine erleichterte Stiefkindadoption.

Umgang «nicht akzeptabel»

Auch seitens der Kirche wurde Kritik laut. Und dies nicht nur am Thema an sich, sondern auch am Umgang miteinander. Uwe Heimowski, früher politischer Beauftragter der Evangelischen Allianz Deutschland, wies in einem privaten Facebook-Post neben seinem Votum gegen die Leihmutterschaft auch auf die Form hin, in der mit dem Thema – insbesondere gegenüber Spahn – umgegangen

wird: «Mit Erschrecken nehme ich wahr, dass die Kritik an Jens Spahn Züge annimmt, die jedes Mass überschreiten. Hähme und Spott musst du als Person des öffentlichen Lebens einpreisen, wenn du ein öffentliches Amt übernimmst. Aber was jetzt nicht zuletzt an Schwulenfeindlichkeit dazu kommt, ist nicht akzeptabel.»

«Erwachsene haben kein Recht auf ein Kind»

All diese Stimmen fokussieren sich auf das politische Dilemma Jens Spahns – auf die tiefer liegenden, ethischen Gründe gegen eine Leihmutterschaft geht keiner von ihnen ein. Der deutsche Theologe Johannes Hartl bringt dies dagegen in einem kurzen [Kommentar bei Youtube](#) auf den Punkt: «Dass der Mensch Würde hat, bedeutet, dass er nicht Mittel zum Zweck ist. Er ist kein Gegenstand. Er ist nicht da, um die Wünsche von jemand anderem zu befriedigen.» Ein Kind sei ein Geschenk – nichts, was Eltern produzieren können.

Ein Kind für 100'000 Euro aus dem Katalog bestellen zu können, dafür die Gesundheit einer oftmals bedürftigen Frau aufs Spiel zu setzen und im Fall, dass etwas nicht laufe wie geplant, das Baby sogar abtreiben zu wollen (wie in einem [kanadischen Fall kürzlich geschehen](#)), das sei Menschenhandel. Hartl weiter: «Unerfüllter Kinderwunsch ist etwas extrem Schreckliches! (...) Aber es ist wichtig, hochzuhalten: Erwachsene haben kein Recht auf ein Kind, sondern wenn dann hat ein Kind das Recht, die eigenen Eltern zu kennen, bei den eigenen Eltern aufzuwachsen – und ein Kind ist nicht dazu da, die Wünsche irgendwelcher Erwachsenen zu befriedigen.»

Kommentar

Ein Politiker muss sich bewusst sein, dass er eine öffentliche Person ist. Und dass seine privaten Entscheidungen nicht nur von der Öffentlichkeit beobachtet werden, sondern eben auch Einfluss auf die politische Ebene haben. Dass dies Jens Spahn nicht bewusst war, ist schwer zu glauben. Sein Rücktritt war eine notwendige Entscheidung – aber das Thema Leihmutterschaft wird aber weiterhin viel diskutiert werden. Solange die Grundlage des Themas nicht beim Wohl des Kindes liegt, kann diese Diskussion aber auch keine Aussicht auf Erfolg haben.

*Zur Autorin: **Rebekka Schmidt** schreibt schon seit 15 Jahren für Livenet und ist seit Juni 2026 Redaktionsleiterin von [livenet.ch](#). Besonders gerne schaut sie über den Tellerrand und berichtet, was Gott in den unterschiedlichsten Ecken der Erde Grosses tut. Aber auch die verfolgten Christen liegen ihr sehr am Herzen.*

Zusammen mit ihrem Mann José Luis und ihren zwei Töchtern lebt sie in Süddeutschland.

Datum: 20.07.2026

Autor: Rebekka Schmidt

Quelle: Livenet

Tags

[Europa](#)

[Politik](#)

[Christen in der Gesellschaft](#)